

Tages Anzeiger

Die unabhängige Schweizer Tageszeitung

Montag
11. Mai 2015

123. Jahrgang Nr. 107
Fr. 3.60, Ausland: € 3.00 / AZ 8021 Zürich



Martin Furrer
Der Perückenprofi
von der Langstrasse
erklärt sein Chaos.

20

Doppelrückblick
Regine Aepli
und Ursula Gut
nehmen Abschied.

14, 15

«Love/No Love»
René Pollesch hat
eine Diskussion
choreografiert.

21

Mädchenspiele
Game-Design wird
bei Studentinnen
immer beliebter.

23

13,5 Milliarden Schwarzgeld deklariert

Seit Beginn der Steueramnestie 2010 wurden
viel mehr Vermögen freiwillig gemeldet als erwartet.

David Schaffner und Janine Hosp

Seit Beginn der kleinen Steueramnestie 2010 wurden in der Schweiz Vermögen von 13,5 Milliarden Franken freiwillig gemeldet. Dies ist das Ergebnis einer Zusammenstellung des TA, mit der erstmals Zahlen zur Auswirkung der Amnestie über einen Zeitraum von fünf Jahren vorliegen. Die kleine Steueramnestie erlaubt es einer steuerpflichtigen Person einmal im Leben, Steuerhinterziehung oder -betrug zu melden, ohne strafrechtlich verfolgt zu werden. Beglichen werden müssen die Steuern inklusive Zinsen. In einer generellen Steueramnestie fallen auch die Nachsteuern weg, dafür ist sie zeitlich begrenzt.

Der Betrag der gemeldeten Vermögen von 13,5 Milliarden übersteigt die Erwartungen der Politiker deutlich. Man dürfe nicht denselben Effekt wie bei der generellen Steueramnestie von 1969 erwarten, die 11,5 Milliarden Franken Vermögen zutage förderte, hiess es im Parlament. Nun ist der Betrag sogar noch höher. Rekordzahlen verzeichnet der Kanton Zürich, der im vergangenen Jahr mit 120 Millionen Franken fast doppelt so viel an Bussen und Nachsteuern eingenommen hat wie in den Jahren zuvor. 1500 Steuerhinterzieher haben sich beim Steueramt freiwillig gemeldet.

Diese Erkenntnisse decken sich mit den Beobachtungen von Hans-Peter Portmann, Zürcher FDP-Nationalrat und Direktor bei der liechtensteinischen LGT Bank. Die Banken stellten fest, dass die Dunkelziffer entgegen früherer Einschätzungen recht hoch sei, sagte er gegen

über der «NZZ am Sonntag». Portmann schlägt eine zeitlich begrenzte Steueramnestie vor. Dies, weil Steuerfahnder ab 2018 dank dem automatischen Informationsaustausch mit dem Ausland auch Informationen zu Konten erhalten, die Schweizer im Ausland halten.

Steuerbehörden fürchten sich

Für zusätzliche Dynamik bei den Selbstanzeigen könnte die Volksinitiative «Ja zum Schutz der Privatsphäre» von SVP-Nationalrat Thomas Matter sorgen. Wird die Initiative angenommen, dürften die Selbstanzeigen tendenziell zurückgehen, ansonsten eher zunehmen.

Die Initiative hat aber womöglich noch weitere Folgen. Steuerbehörden befürchten, dass sie es mit dem neuen Verfassungsartikel schwieriger haben würden, gegen Steuerhinterzieher und -betrüger vorzugehen. «Vor allem in heiklen Fällen hätten die Steuerämter keine griffige Handhabe mehr», sagt Fabian Baumer, Vizedirektor der eidgenössischen Steuerverwaltung. Die kantonalen Steuerämter dürften zum Beispiel nur noch dann den Lohnausweis beim Arbeitgeber einfordern, wenn ein Strafverfahren gegen den Steuerpflichtigen läuft. Ein solches können sie aber nur in Gang setzen, wenn sie vor Gericht gehen und ihren Verdacht beweisen können.

«Mit dieser Initiative würde nicht nur das Bankgeheimnis im Inland geschützt», sagt BDP-Präsident Martin Landolt. Vielmehr schütze sie Steuerhinterzieher und -betrüger so gut wie noch nie. Das sei ein klarer Rückschritt. *Berichte Seite 3, Analyse Seite 7*

Auf Sand gebaut



Foto: Todd Antony (Gallery Stock)

Der anhaltende Bauboom hat dazu geführt, dass Sand zu einem raren Gut geworden ist. Mit ihm wird illegaler Handel betrieben, was dazu führt, dass etliche Strände wie jener von Ipanema (Bild) repariert werden müssen. - *Kommentar Seite 2, Bericht Seite 31*

Heute

Luzerner Regierungsrat ohne Frauen und Linke

Im Kanton Luzern sind die Linken erstmals seit 56 Jahren und die Frauen erstmals seit 28 Jahren nicht mehr im Regierungsrat vertreten. Die Stimmberechtigten haben im zweiten Wahlgang den parteilosen bürgerlichen Finanzdirektor Marcel Schwerzmann und SVP-Mann Paul Winiker gewählt. - *Seite 4*

Service

Wetter	8	Fernsehprogramme	24
Leserbriefe	9	Veranstaltungen	26
Todesanzeigen	18	Rätsel	29

Abo-Service 044 404 64 64

www.tagesanzeiger.ch/abo

Inserate Tel. Annahme: 044 248 41 41

(Mo-Fr 8-12 und 13-17 Uhr), www.adbox.ch,
inserate@tages-anzeiger.ch

Redaktion 044 248 44 11, Werdstrasse 21,
8004 Zürich, Postadresse: Postfach, 8021 Zürich

redaktion@tages-anzeiger.ch

Leserbriefe www.tagesanzeiger.ch/leserforum

Online www.tagesanzeiger.ch/news@newsnet.ch



9 771422 999005

Zürichs endlose Depression:

1:2-Niederlage gegen den FCB
Der Absturz Zürichs im eigenen Stadion hält an. Der FCZ unterlag dem FCB in letzter Minute 1:2. Das Siegtor für den Meister markierte Marek Suchy (94.). YB ersparte dem desillusionierten Zürcher Publikum mit dem 3:1 gegen St. Gallen zumindest eine FCB-Meisterparty im Letzigrund. - *Seite 40*

Kommentare & Analysen

«Die Schweiz ist keine Topnation - aber sie kann die Grossen fordern.»

Silvan Schweizer zur Eishockey-WM in Tschechien. - *Seite 40*

Verschörungstheorie? Oder wird die US-Armee im eigenen Land einmarschieren? - *Seite 2*

Professor Axel Meyer hat faule Studenten kritisiert. Diese setzten sich via Internet zur Wehr. - *Seite 7*

Christa Markwalder sieht sich als Opfer

Die in die Schlagzeilen geratene FDP-Nationalrätin Christa Markwalder soll nicht nur einen Vorstoss im Parlament eingereicht haben, der massgeblich von kasachischer Seite formuliert war, sondern auch Fragen gestellt haben, die von Kasachstan aus in Auftrag gegeben worden waren. Die Antworten darauf fanden dann offenbar über die Lobbyistin Marie-Louise Baumann sowie einen Mittelsmann beim Zigarettenmulti Philip Morris den Weg aus der Aussenpolitischen Kommission zum kasachischen Politiker Asat Peruaschew.

Bei besagten Antworten handelt es sich um vertrauliche Informationen, wie SP-Nationalrat Carlo Sommaruga, der Präsident der Aussenpolitischen Kommission, sagt: «Egal, ob der Bundesrat Fragen aus der Kommission mündlich oder schriftlich beantwortet: Die Antworten fallen in jedem Fall unter das Kommissionsgeheimnis.»

Markwalder reagierte gestern mit einem Communiqué auf die neuen Vorwürfe, in dem sie betont, die weitergegebenen Infos hätten keine Brisanz enthalten. Zudem äusserte sie sich via Twitter, wo sie von einer «Rufmordkampagne» schreibt. Unterstützung erhält Christa Markwalder von SP-Nationalrätin Jacqueline Badran, die sagt: «Was sie getan hat, ist Alltag - einfach für einmal gut dokumentiert.» (TA) - *Seite 4*

David Cameron tritt härter auf

Nach seiner überraschend deutlichen Wiederwahl ist der britische Premier David Cameron deutlich nach rechts gerückt. Er hat angekündigt, das ohnehin schon einschneidende Sparprogramm noch zu verschärfen. So sollen Sozialleistungen abgebaut und Hunderttausende Stellen im öffentlichen Bereich gestrichen werden. Ausserdem zeichnet sich ab, dass die britische Regierung unter den konservativen Tories gegenüber der EU härter auftreten und Befugnisse zurückfordern will.

Aussenminister Philip Hammond und Finanzminister George Osborne werden in Kürze nach Brüssel und Berlin reisen, um die Kompromissbereitschaft ihrer europäischen Partner zu erkunden. Ob die britische Regierung auch auf Vertragsänderungen bestehen wird, ist noch unklar. Da Cameron in Zukunft ohne seinen bisherigen liberaldemokratischen Koalitionspartner regieren kann, braucht er auf dessen europafreundlichere Haltung keine Rücksicht mehr zu nehmen. Hingegen dürften ihn EU-Gegner aus seiner eigenen Partei unter Druck setzen.

Bei der unterlegenen linken Labour Party mehren sich die Stimmen, die eine Rückkehr zur politischen Mitte fordern - unter ihnen jene des ehemaligen Premierministers Tony Blair. (TA) *Berichte Seite 6, Analyse Seite 7*

Fünf Tote bei Beziehungsdelikt

Ein 36-jähriger Mann aus Reichenburg SZ hat am Samstagabend im aargauischen Würenlingen zuerst seine Schwiegereltern und seinen Schwager erschossen. Bevor er sich selbst richtete, tötete er auch noch einen Nachbarn seiner Schwiegereltern. Die Tat spielte sich um 23 Uhr in einem Einfamilienhausquartier ab, wie die Verantwortlichen der Aargauer Kantonspolizei und der Staatsanwaltschaft am Sonntagmittag in Aarau informierten.

Das Motiv der Tat ist noch nicht bekannt. Es sei aber schon bald klar gewesen, dass es sich um ein Beziehungsdelikt handle, sagten der Aargauer Polizeikommandant Michael Leupold, der Aargauer Kripochef Markus Gisin und Oberstaatsanwalt Daniel von Däniken. Bei der Tatwaffe handelt es sich um eine Faustfeuerwaffe, die nicht aus Armeebeständen stammte. Der Mann hatte keine Waffenerlaubnis. Auch bei einer kürzlich durchgeführten Hausdurchsuchung am Wohnort des Täters war keine Waffe gefunden worden. Der Täter war wegen verschiedener Delikte der Polizei bekannt und soll seinen Nachbarn mehrfach gedroht haben. Er war verheiratet und hatte drei Kinder. Der Mann lebte getrennt von seiner Frau und seinen Kindern. Sowohl der Täter als auch der Rest der Familie waren fürsorglich untergebracht. (SDA) - *Seite 10*

Schweiz

Markwalder hat geheime Auskünfte weitergereicht

Der neue Vorwurf in der Kasachstan-Affäre lautet auf Verletzung des Kommissionsgeheimnisses.

Christian Brönnimann
Bern

Über das Wochenende sind neue Details zur Kasachstan-Affäre bekannt geworden. Demnach hat die Berner FDP-Nationalrätin Christa Markwalder nicht nur im Parlament einen Vorstoss eingereicht, der massgeblich von kasachischer Seite formuliert war. Vielmehr hat sie auch in der Aussenpolitischen Kommission (APK) Fragen gestellt, die von Kasachstan aus in Auftrag gegeben worden waren. Und sie hat die Antworten des Bundesrats an Lobbyistin Marie-Louise Baumann weitergegeben. Diese wiederum hat die Kommissionspapiere dann via einen Mittelsmann beim Zigarrettenmulti Philip Morris und gegen Bezahlung an die kasachischen Auftraggeber weitergereicht.

Gegenüber «SonntagsZeitung» und «SonntagsBlick» dementierte Markwalder nicht, die Antworten mit Baumann «geteilt» zu haben. Sie rechtfertigte ihr Tun damit, dass die weitergegebenen Dokumente «weder brisant noch als vertraulich» klassifiziert waren. Antworten, die der Bundesrat der APK abgab, würden «oft geteilt», die diesbezügliche rechtliche Regelung sei «unklar».

«Per definitionem» geheim

Doch gibt es den von Markwalder suggerierten Graubereich wirklich? Das Parlamentsgesetz legt in Artikel 47 lediglich Folgendes fest: «Die Beratungen der Kommissionen sind vertraulich; insbesondere wird nicht bekannt gegeben, wie die einzelnen Teilnehmerinnen und Teilnehmer Stellung genommen oder abgestimmt haben.» Laut Parlamentssprecher Mark Stucki wird dieser Artikel aber von jeher dahingehend interpretiert, dass sämtliche Kommissionsunterlagen «per definitionem dem Kommissionsgeheimnis unterliegen». Auch der amtierende APK-Präsident Carlo Sommaruga (SP, GE) sagt klipp und klar: «Egal ob der Bundesrat Fragen aus der APK mündlich oder schriftlich beantwortet: Die Antworten

fallen in jedem Fall unter das Kommissionsgeheimnis.»

Trotz der an sich klaren Ausgangslage: Gemäss APK-Mitgliedern dürfte Markwalder nicht die einzige Politikerin sein, die Auskünfte des Bundesrats an Interessenvertreter, Lobbyisten und dergleichen weiterreicht. Sie habe sich schon oft gefragt, weshalb und vor welchem Hintergrund in der APK gewisse Fragen eingereicht würden, sagt CVP-Aussenpolitikerin Kathy Riklin. «Aus dem Nichts tauchen manchmal Themen auf, die kaum eine Bedeutung für die Schweiz haben.»

Laut Kommissionspräsident Sommaruga gibt der Bundesrat jedes Jahr Dutzende Antworten auf spezifische Fragen. Normalerweise erfolgten diese mündlich. Nur wenn die Sitzungszeit nicht ausreichte, informiere der Bundesrat schriftlich.

Markwalder sieht keine Brisanz

Gemäss der «SonntagsZeitung» haben zwei der vier von Markwalder weitergereichten Kommissionsantworten einen direkten Bezug zu Kasachstan. Dabei geht es einerseits um die Frage, wie die Schweiz die Demokratisierungsbestrebungen im autoritären Staat unterstützt. Andererseits ist der Verfahrensstand im Fall Wiktor Chrapunow Thema. Chrapunow ist ein ehemaliger Spitzenbeamter und heutiger Regimegegner, der im Genfer Exil lebt. Kasachstan versucht schon lange, dessen Auslieferung zu erreichen. Mit Verweis auf die Gewaltentrennung beantwortete der Bundesrat letztere Frage nicht.

Markwalder reagierte gestern mit einem Communiqué auf die neuen Vorwürfe. Darin wiederholt sie ihren Standpunkt, wonach die weitergegebenen Informationen keine Brisanz enthielten. Sie seien «primär eine Auflistung des Engagements der Schweiz im bilateralen Verhältnis Schweiz - Kasachstan im Bereich Menschenrechte und Korruptionsbekämpfung». Dieses Engagement mache das Aussendepartement auch gegenüber der Öffentlichkeit transparent.



Nationalratsvizepräsidentin Markwalder während der Parlamentsdebatte vergangene Woche. Foto: Lukas Lehmann (Keystone)

Reaktionen

Sie selbst spricht von «Rufmordkampagne»

Christa Markwalder sieht sich als Medienopfer. Fragen mochte sie gestern keine beantworten.

Iwan Städler

Warum hielt Christa Markwalder einer Kasachstan-Lobbyistin Informationen aus der Aussenpolitischen Kommission (APK) zu? Wusste sie vom Mittelsmann beim Tabakkonzern Philip Morris? Und sind noch weitere Informationen geflossen? Dazu wollte die FDP-Nationalrätin gestern nichts sagen. Wiederholte Anfragen des TA liess sie unbeantwortet. Stattdessen verschickte Markwalder eine schriftliche Stellungnahme, die viel Bekanntes auflistet und anderes offen lässt.

«Dies wirkt weiterhin verharmlosend und wenig glaubwürdig», sagt Krisenberater Roland Binz. «Sie müsste selbstkritischer hinstehen und alle Fakten auf den Tisch legen. Stattdessen gibt sie nur das zu, was gerade bekannt wird.» Dies erstaunt Binz. Denn bisher habe er

Markwalder als Medienprofi wahrgenommen. Es sei aber ausserordentlich belastend, wenn man als designierte Nationalratspräsidentin plötzlich in eine derartige Affäre gerate.

Markwalder selbst sieht sich als Medienopfer. Als die «SonntagsZeitung» ihre Frontseite mit dem Titel «Markwalder verriet Geheimnisse aus Kommission an Kasachstan» vertwitterte, antwortete sie: «Dieser reisserische Titel passt zur von der NZZ angestossenen Rufmordkampagne.» Der Titel sei «zugespitzt, aber von der Kausalität her nicht falsch», findet Binz. Und NZZ-Inlandchef René Zeller verwarft sich gegen den Vorwurf der Rufmordkampagne: «Wir Journalisten machen unseren Job und recherchieren.» Dieser Fall zeige exemplarisch auf, wie lobbyiert und das Parlament instrumentalisiert werde.

Soweit bisher bekannt, verriet Markwalder keine schwerwiegenden Geheimnisse. Wie gravierend ist ihr Fall wirklich? Darüber gehen die Meinungen weit auseinander. SVP-Fraktionschef Adrian Amstutz betont, es gelte die Unschuldsvermutung. Sollte sich die Verletzung

des Kommissionsgeheimnisses aber bestätigen, komme Markwalder für das Nationalratspräsidium nicht mehr infrage. «Dieses Amt bedingt eine Vorbildfunktion. Es geht gar nicht, im Interesse ausländischer Politiker unsere Regeln zu brechen.» Wenn dem so wäre, stelle sich auch die Frage, ob Markwalder als «EU-Beitritts-Turbo» APK-Informationen nach Brüssel weiterleite.

SP-Nationalrätin Jacqueline Badran hingegen sagt: «Was Christa Markwalder tat, ist Alltag - einfach für einmal gut dokumentiert.» Das müssten die Medien publik machen, aber nicht so tun, als sei dies ein Einzelfall. Markwalder habe der Lobbyistin wohl einen Freundschaftsdienst erwiesen. Schlimmer sei, wenn sich Parlamentarier dafür bezahlen liessen. «Warum spricht niemand davon, dass Natalie Ricklis Arbeitgeber - die Goldbach Media - massiv von einer Schwächung der SRG profitieren würde?», fragt Badran. Das sei relevant als der Fall Markwalder.

FDP-Präsident Philipp Müller mochte sich gestern nicht äussern. Die Parteileitung diskutiert heute über die Affäre.

In Luzern regieren nur noch Männer

Die SP verliert ihren Sitz in der Luzerner Regierung. Damit wird der Kanton nun komplett von bürgerlichen Männern regiert.

Michael Soukup
Luzern

Dass es knapp werden würde, haben wohl alle Beobachter vermutet. Ende März haben im ersten Gang der Luzerner Regierungsratswahlen der bisherige Finanzdirektor Marcel Schwerzmann (parteilos) sowie die beiden SVP- und SP-Kandidaten Paul Winiker und Felicitas Zopfi das absolute Mehr verpasst. Gewählt in die fünfköpfige Luzerner Regierung wurden damals nur die Bisherigen Guido Graf (CVP), Robert Küng (FDP) und Reto Wyss (CVP). Doch der überwältigende Sieg Schwerzmanns im gestrigen zweiten Wahlgang hat überrascht: Er bekam mit 65708 Stimmen fast doppelt so viele wie SP-Kandidatin Felicitas Zopfi, die bloss von 37154 Luzernern und Luzernerinnen gewählt wurde. Ein ebenfalls sehr gutes Ergebnis erzielte der erstmals angetretene SVP-Kandidat Paul Winiker mit 54200 Stimmen. Damit ist die SVP als zweitstärkste Luzerner Partei seit 2007 wieder in der Regierung vertreten, während die SP nach 56 Jahren Regierungsbeteiligung ihren Sitz räumen muss.

Das Resultat des zweiten Wahlgangs hat auch landesweit zu einem Novum geführt: So besteht die Luzerner Regie-

rung als einzige kantonale Exekutive der Schweiz nur noch aus männlichen Bürgerlichen. Zwar wählte der Kanton Tessin Mitte April ebenfalls eine reine männliche Regierung, aber mit Manuele Bertoli (SP) ist die Linke weiterhin vertreten. «Es ist egal, wie sich die Regierung bezüglich des Geschlechts zusammensetzt, sie muss aber für alle Luzerner und Luzernerinnen da sein», erklärte Marcel Schwerzmann gestern auf Anfrage. Der parteilose, aber der FDP nahestehende Finanzdirektor fügt jedoch an: «Die bürgerlichen Parteien haben es in den vergangenen Jahren verpasst, Kandidatinnen aufzustellen und damit die Beteiligung der Frauen sicherzustellen.» Paul Winiker wiederum betont, dass «viele Frauen» ihm gesagt hätten, dass sie sich selbstverständlich eine Frau in der Regierung wünschten. «Aber gleichzeitig wollten sie, dass die besten Kandidaten gewählt werden.»

«Eine Schande»

Damit meinte das Luzerner Stimmvolk offensichtlich Politiker, welche die bisherige kantonale Tiefsteuerstrategie weiterverfolgen würden. 2012 halbierte Luzern seine Unternehmensgewinnsteuern und avancierte bei den Firmen zum steuergünstigsten Kanton. Linke, Lehrer und Gewerkschaften kritisierten die Strategie wegen ausbleibender Steuereinnahmen und mehrerer Sparpakete heftig. Auch wenn die SP nun den Schulterschluss der Bürgerlichen und der Wirtschaft für ihre Niederlage verantwortlich macht: Die rekordtiefe Stimmbeteiligung von 37,1 Prozent sowie

die sehr deutliche Wiederwahl von Schwerzmann deuten darauf hin, dass die grosse Mehrheit der Bevölkerung die linke Sicht nicht teilt.

Die Luzerner SP spricht von einer «Schande»: Politische Grösse zeige die Mehrheit, wenn sie in der Lage sei, auch Minderheiten einzubinden. «Diese Qualität der Schweizer Politik hat die bürgerliche Machtelite des Kantons Luzern heute verloren», wie der Luzerner SP-Präsident Daniel Gähwiler erklärt. Die Partei wolle sich in den nächsten vier Jahren inner- und ausserhalb des Parla-



Felicitas Zopfi
SP Luzern

ments für die sozial Schwachen und die Familien einsetzen. Eine Niederlage, wenn auch eine kleinere, bedeutete der Wahltag für die CVP. Die mit Abstand grösste Partei Luzerns hatte als einzige bürgerliche Kraft die Konkordanz und damit die Beteiligung von SVP und SP an der Regierung befürwortet. Im Unterschied zur Parteileitung und den Delegierten sprach sich die Basis offenbar für das Verbleiben des parteilosen Finanzdirektors in der Regierung aus. Zwischen den Zeilen bedauerte die CVP die Nichtwahl Zopfis in ihrer Mitteilung.

Eric Stauffer als Stadtrat abgewählt

Die Kleinstadt Onex ist für Genfer Verhältnisse politisch bedeutungslos. Anders verhielt es sich vor dem Stichentscheid bei den gestrigen Gemeindewahlen. Eric Stauffer, Gründer und Ehrenpräsident der in den letzten Jahren bei Parlamentswahlen sehr erfolgreichen rechtspopulistischen Partei Mouvement Citoyens Genevois (MCG), kämpfte um seine Wiederwahl in die dreiköpfige Stadtratsregierung. Im ersten Wahlgang hatte er noch eine schmachvolle Niederlage erlitten. Über eine ebenfalls wieder kandidierende Amtskollegin lästerte Stauffer: «Sie hat die Grenzen ihrer Kompetenz längst erreicht. Wir haben unendlich viel Zeit damit verbracht, ihr Dossiers zu erklären.» Das bleibt Stauffer nun erspart. Er wurde gestern abgewählt. Stauffers Mandat ging an einen FDP-Politiker. Stauffer, dem das Amt als Genfer Grossrat bleibt, will sich aber nicht aus der Politik zurückziehen.

In der Stadt Genf wiederum vermochte eine Allianz aus den Linksparteien SP, Grüne und Linke Alternative ihre Regierungsmehrheit zu behaupten. Von der gemeinsamen Wahlliste der Linksparteien profitierte der wieder kandidierende Rémy Pagani (Ensemble à Gauche), der im ersten Wahlgang ohne Allianz abgeschlagen auf Platz acht gelangt war. Mit der Unterstützung von SP und Grünen schaffte er es nun vor FDP-Kandidat Pierre Conne auf den fünften Platz. CVP-Nationalrat Guillaume Barazzone bleibt in Genfs Stadtratsregierung somit einziger Vertreter einer bürgerlichen Partei. (phr)

Nachrichten

Bundesanwaltschaft
Einige Staatsanwälte verlieren ihren Job

In der Bundesanwaltschaft kommt es zu einer grösseren Personalrochade: Bei der nächsten Wahlrunde werden eine Handvoll Staatsanwälte nicht mehr wiedergewählt. «Es handelt sich um etwas mehr als 10 Prozent der gewählten Staatsanwälte des Bundes», erklärte Informationschef André Marty auf Anfrage der «SonntagsZeitung». Aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes macht die Bundesanwaltschaft keine Angaben zu einzelnen Personen und Gründen. Die 31 Staatsanwälte des Bundes werden vom Bundesanwalt per Wahlverfügung auf vier Jahre gewählt. Die betroffenen Staatsanwälte werden also nicht entlassen, sondern nicht wiedergewählt. (SDA)

Ausbildung
Grösste Polizeischule hat eine neue Direktorin

Mit der Aargauer Polizistin Irene Schönbächler hat die erste Frau die Leitung der grössten Schweizer Polizeischule in Hitzkirch LU übernommen. Zum Amtsantritt versprach sie keine Revolution. Sie setzt auf bestehende Konzepte und will Innovationen fördern. Sie stelle fest, dass sehr hohe Erwartungen an sie gestellt würden, sagte die 49-Jährige am Samstag an einer Medienkonferenz an der Interkantonalen Polizeischule Hitzkirch im Kanton Luzern. Derzeit sammle sie Fakten. Danach werde sie eine Auslegung machen und zusammen mit der Geschäftsleitung neue Ziele festlegen. (SDA)